



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 25.05.2007
Az.:

22. Sitzung des Kreistages am 21.05.2007

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauernfeind, Karl-Heinz
Baumgartner, Gabriele
Bauschmid, Friedrich
Becker, Manfred
Bendl, Roswitha
Biller, Josef
Borgo, Rudolf
Christofori, Erich
Els, Georg
Fischer, Franz
Fischer, Siegfried
Gäb, Bernd
Gotz, Maximilian
Grandinger, Johann
Grandinger, Simon
Harrer, Jutta
Hartl, Anna
Heilmeier, Georg
Hofstetter, Franz Josef
Jell, Rosmarie
Kapfhammer, Rudolf



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kellermann, Otto
Knur, Herbert
Krzizok, Heinrich
Kubo, Reinhard Dr. (bis 15.05 Uhr)

Kuhn, Günther
Lackner, Helmut
Mayr, Elisabeth
Meister, Michaela
Mittermeier, Jakob
Mock, Franz
Patschky, Jürgen
Peis, Hans
Reingruber, Karlheinz (ab 14.20 Uhr)
Reiter, Wolfgang
Rieß, Georg
Rötzer, Marianne
Rübensaal, Siegfried
Rudolf, Emil Dr.
Scharf-Gerlspeck, Ulrike
Schlehuber, Anton
Schmidt, Horst
Schwimmer, Hans
Schwimmer, Jakob
Steinberger, Friedrich
Sterr, Josef
Stieglmeier, Helga
Treffler, Stephan
Vogelfänger, Cornelia
Ways, Rudolf
Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Wirth, Harald
Fischer, Heinz

Helfer, Helmut
Mayer, Elfriede (Protokoll)
Centner, Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Herr Dreier, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung (TOP 1)
Herr Traber vom Krankenhaus Erding (TOP 2 und 3)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Fischer`s Kreisaltenheim
Wirtschaftsplan 2007
Vorlage: 2007/0173
2. Haushaltswesen
Klinik Dorfen/Kurzzeitpflege
Feststellung der Jahresabschlüsse 2001, 2002, 2003 und 2004
Entlastung für die Jahresabschlüsse 1996 mit 2004
Vorlage: 2007/0136
3. Haushaltswesen
Krankenhaus Erding mit Außenstelle Dorfen
Feststellung der Jahresabschlüsse 2002, 2003 und 2004
Entlastung für die Jahresabschlüsse 1996 mit 2004
Vorlage: 2007/0135
4. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Grundsatzentscheidung
Vorlage: 2007/0165
5. Bekanntgaben und Anfragen

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreistages am 21.05.2007



Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet **der Vorsitzende** die Kreistagsmitglieder dem ehemaligen Kreisrat Franz Jell zu gedenken, der vergangene Woche verstorben sei.

LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende würdigt die Verdienste von Herrn Franz Jell. Herr Jell habe sich in vielfacher Hinsicht um seine Heimat verdient gemacht. Der Landkreis werde ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Büro des Landrats
BL

*

Im Weiteren ehrt der Vorsitzende Kreisrätin Jutta Harrer für eine 10jährige Mitgliedschaft im Kreistag. Er überreicht dazu einen Blumenstrauß und ein Zinnteller.

*

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist der Vorsitzende auf die im Sitzungssaal aufgebaute Ausstellung „60 Jahre Kreistag Erding“. In der Dokumentation seien von 1946 bis 2006 die Wahlen aufgelistet worden. Der erste Landrat Dr. Max Lehmer sei damals von der Militärregierung eingesetzt worden. Er weist darauf hin, diese Ausstellung werde anschließend im Foyer auch der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Ausstellung kann erst jetzt gezeigt werden, weil durch den Umbau des Foyers es erst jetzt möglich sei, wieder Ausstellungen zu machen.

Er bittet die Pressevertreter um einen entsprechenden Hinweis in den Tageszeitungen.

*

1. Fischer`s Kreisaltenheim Wirtschaftsplan 2007 Vorlage: 2007/0173

Zum Tagesordnungspunkt 1 begrüßt **der Vorsitzende** den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung, Herrn Dreier, und bittet ihn um Ausführung.

Herr Dreier erklärt zur versandten Vorlage, der Kreisausschuss habe sich in der Sitzung am 07.05.2007 mit der Thematik befasst. Aus den beiliegenden Unterlagen sei zu sehen, dass sich 2006 ein erheblicher Verlust von 723.163 € ergeben habe. Das sei im Wesentlichen darauf zurückzuführen, weil 2006 wegen der Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen des Hauses „Katharina“ ein außergewöhnliches Wirtschaftsjahr gewesen sei. Nachdem sämtliche Bewohner ausgelagert werden mussten, haben sich u.a. zusätzlich erhöhte Sach- und Personalkosten durch die Anmietung von Ersatzunterkünften (Anmietung von ehemaligen Patientenmodulen des Kreiskrankenhauses Erding) ergeben. Dieses Defizit werde sich bis 2010 im Finanzplan auswirken. Der Vertrag, den die Stiftung mit dem



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Landkreis für den Betrieb des Altenheimes geschlossen habe, geht davon aus, dass der Heimbetrieb wirtschaftlich zu gestalten sei.

Soweit und solange die Leistungsfähigkeit der Stiftung gegeben sei, wird die Stiftung die Defizite über die eigentlichen Aufgaben bezüglich des Altenheimes (Durchführung von Bau- und Erhaltungsmaßnahmen) abdecken. Ansonsten müsste die vertragliche Regelung zwischen der Stiftung und dem Landkreis in Kraft treten. Wie sich die Lage derzeit darstellt, wird die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung einen Ausgleich des Defizits vornehmen können.

Die Heimleitung, die den Wirtschaftsplan vorgelegt habe, weist darauf hin, dass die Einsparpotentiale bei den Sachkosten erschöpft seien und weitere Maßnahmen, die bei den Sachkosten noch möglich wären, marginal wären und wenn sie eingeleitet und durchgeführt würden, sich nachteilig auswirken würden.

Der Hinweis, dass Einsparungen nur noch bei den Personalkosten möglich seien, habe im Kreisausschuss zur Diskussion geführt.

§ 4 Abs. 3 der Stiftungssatzung besagt, dass das Altenheim Bestandteil der Stiftung sei und als eine Einrichtung nach der Landkreisordnung zu behandeln sei. Es sei also auch Aufgabe des Landkreises, gegebenenfalls regulär einzugreifen. Die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung habe das Einvernehmen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit erteilt.

Kreisrat Schmidt merkt an, Herr Dreier habe auf die Seite 5 der Vorlage hingewiesen. Die Heimleitung schreibt: „Eine nennenswerte Verminderung des Personalaufwandes erscheint deshalb unumgänglich.“

In der vergangenen Kreisausschuss-Sitzung habe Herr Dreier ausführlich darüber gesprochen und deutlich gemacht, dass nicht an eine Verminderung des Personalaufwandes durch Ausstellungen von Personal oder Personalkürzungen gedacht sei, sondern sich eine Einsparung durch die Umstellung vom BAT auf den TVöD und durch die Altersstruktur der Bediensteten ergeben werde. Dies war eine wichtige Grundlage, dem zuzustimmen.

Heute habe nun Herr Dreier gesagt, es sei Aufgabe des Kreistages, Richtlinien zu erarbeiten. Kreisrat Schmidt hätte deshalb schon gerne, dass Herr Dreier das bestätigt, was er in der Kreisausschuss-Sitzung gesagt habe.

Herr Dreier antwortet, die Heimleitung, die vom Landkreis bestellt worden sei, habe einen Wirtschaftsplan vorgelegt, der ein Defizit ausweist. Dieses Defizit sei davon geprägt, dass keinerlei Veränderungen im traditionellen Bereich stattfinden. Es war eine Anregung der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung, zunächst zu versuchen, die Personalkosten zu reduzieren. Wenn bei Neueinstellungen über den TVöD diese Möglichkeiten verminderter Zahlungen gegenüber dem BAT wahrgenommen werden, werden sich dann mittel- bis langfristig Einsparungen ergeben. Die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung habe hier keine Befugnisse, kann allenfalls nur Anregungen geben. Es sei Aufgabe des Landkreises mit dem Erlass allgemeiner Richtlinien die Organisation und die Verwaltung der Einrichtung zu tätigen. Wenn einschneidende Maßnahmen, z.B. in der Vergütungsstruktur oder



Personalstruktur getätigt werden sollten, sei der Landkreis mit den zuständigen Gremien aufgefordert, Überlegungen im Vollzug des § 5 des Vertrages zu treffen. Wenn etwas geändert werden sollte, weil der Landkreis befürchtet, dass unter Umständen ein Defizit auf den Landkreis zukommt, muss der Landkreis aktiv werden. Die Heimleitung kann nur darauf hinweisen, wo Einsparpotentiale wären.

Herr Dreier weist darauf hin, der vorliegende Wirtschaftsplan geht nicht von einer Änderung in diesem Bereich aus.

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Stieglmeier stellt fest, die Einsparungen kommen durch Tarifumstellungen zustande. Sie stellt in der Vorlage fest, dass bei qualifiziertem Personal, bei Krankenschwestern und Altenpflegern eingespart wird. Sie möchte wissen, wie die Pflegeleistung bei einer Verringerung des Personals aufrechterhalten werden soll.

Weiter möchte sie wissen, ob Sparmaßnahmen nur im Pflegebereich oder auch im Verwaltungsbereich getroffen werden.

Weiter sei bis 2010 eine weitere nennenswerte Verminderung des Personals geplant.

Herr Dreier betont, er habe versucht darzustellen, dass im Personalbereich keinerlei Einsparungen stattfinden, was die Personalbesetzung angeht. Der Stellenplan liegt im Rahmen dessen, was gesetzlich vorgeschrieben sei. Die ausgebildeten Kräfte im Pflegebereich, die 50 % betragen müssen, seien vorhanden und auch im Stellenplan ausgewiesen. Der Abbau, den Kreisrätin Stieglmeier registriert, ergibt sich, weil 2006 mit der ausgelagerten Station wesentlich mehr Personal vorgehalten werden musste und zudem eine Reduzierung von Bewohnern notwendig war, um das zu sanierende Haus frei zu bekommen (90 Bewohner).

Die neue Pflegestation im Haus „Katharina“ habe nur noch 60 Betten, deshalb sei auch eine entsprechende Reduzierung des Personals vorzunehmen. Der Abbau des Personals wird durch die natürliche Fluktuation über die Jahre erfolgen.

Der Vorsitzende ergänzt, während der Umbauphase und Generalsanierung des Hauses „Katharina“ waren 44 Bewohner in den Modulen am Kreiskrankenhaus untergebracht. Deswegen war ein zusätzlicher Aufwand außer Haus abzudecken.

Herr Dreier ergänzt, in der Sanierungsphase sei deshalb nicht entsprechend Personal abgebaut worden. Es besteht ein Personalüberhang, der nach der jetzigen Situation, nachdem es nur noch 60 Heimplätze gibt, nicht mehr erforderlich sei.

Kreisrat Kuhn stellt fest, aus dem Stellenplan sei ersichtlich, dass sich im Bereich Krankenschwester/Altenpfleger die Zahl von 33 auf 15 reduziert und bei den Pflegehelfern die Zahl aufgestockt werden soll.

Herr Dreier weist darauf hin, in den Bereichen seien viele Teilzeitkräfte beschäftigt. Er betont, es bestehe die gesetzliche Verpflichtung, qualifiziertes Personal nach einem bestimmten Schlüssel vorzuhalten und diese Vorgabe sei erfüllt. Weiter merkt er an, die Leistungen der Pflegehelfer



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

seien nicht minder einzuschätzen, als von ausgebildetem Fachpersonal. Die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung sei zudem Partner der Kranken- und Altenpflegeschule des Landkreises, wo Personal ausgebildet wird. Auch aus diesem Grund seien keine Defizite zu sehen.

Die Defizite beim Personal im Fischer`s Altenheim liegen bei den Langzeitkranken, weil mit befristeten Verträgen nur schwer Personal zu bekommen sei.

Kreisrätin Stieglmeier meint, die Krankenschwestern und Krankenpfleger werden erstaunt sein, wenn sie hören, dass die Leistungen von Hilfskräften nicht minder seien.

Herr Dreier betont, er schätzt die Arbeitsleistung vor Ort und am Menschen nicht geringer ein, als die von ausgebildetem Personal.

Kreisrätin Bendl fragt, nachdem es eine gemeinsame Pflegedienst- und Heimleitung gibt, ob dies eine Besonderheit im Fischer`s Altenheim sei. Sie möchte wissen, ob das eine Kosten sparende Maßnahme sei oder welchen Grund es sonst dafür gebe.

Herr Dreier merkt an, die Besetzung der Heimleitung sei mit einem Zeitvertrag erfolgt. Es sei nicht unüblich, dass die Pflegedienstleitung und die Heimleitung in Personalunion gemacht werden. Bislang habe diese Verteilung nicht schlecht funktioniert.

Kreisrat Wiesmaier merkt an, als Mitglied des Verwaltungsrats der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung habe er die Befürchtung, dass die Diskussion heute in die falsche Richtung geht. Mit dem Umbau und der Sanierung des Hauses „Katharina“ sei eine hervorragende Qualität für die Seniorenbetreuung geschaffen worden. Auch mit der Einrichtung der Zimmer und durch die neue Situation im Pflegebereich durch hochwertige Einrichtungen, sei es für die Senioren in den Zimmern möglich, auch selbständig sein zu können. Zudem sei damit auch versucht worden, personalaufwändige Arbeiten zu reduzieren. Auch durch die Reduzierung der Heimplätze von 90 auf 60 Betten sei versucht worden, auch für das Personal günstigere Voraussetzungen zu schaffen und nicht umgekehrt. Bei Gesprächen zeigt sich das Personal sehr zufrieden mit dem, was geschaffen worden sei. Die immensen Kosten, die entstanden und eingebracht worden sind, um die Senioren anspruchsvoll und zeitgemäß zu betreuen, seien trotzdem ein Erfolg. Wichtig sei, dass diese falsche Diskussion nicht nach außen getragen wird.

Kreisrätin Rötzer wehrt sich dagegen, die Arbeit der Kranken- und Altenpflegehelfer minder zu betrachten.

Kreisrat Schmidt betont, die Arbeitsleistung im Fischer`s Altenheim sei gut und wird nicht in Frage gestellt. Er habe angesprochen, ob eine Personalverringerung notwendig sei oder nicht. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass es in der Gehaltsstruktur eine Veränderung geben wird.

Kreisrätin Jell stellt fest, im Stellenplan seien in der letzten Spalte bei „Bemerkungen“ namentlich Personen aufgeführt, die langzeitkrank und

dauerkrank seien. Sie meint, es würde ausreichen, wenn nur die Zahl ohne die Namen aufgeführt wäre.

Der Vorsitzende zeigt sich verwundert und bedankt sich für den Hinweis.

Kreisrat Els fragt Herrn Dreier, ob Gefahr besteht, dass die prognostizierten Defizite von insgesamt ca. 1,3 Mio € vom Landkreis übernommen werden müssen oder nicht.

Herr Dreier kann das nicht sagen. Die Stiftung habe erhebliche Aufwendungen und Anstrengungen gemacht, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und das Haus „Katharina“ in einen Stand versetzt, damit es zeitgemäß sei.

Die Fischer's Wohltätigkeitsstiftung sei bemüht, die Einnahmen in der Vermögensverwaltung zu steigern und zu verbessern und mehr zu bekommen. Das gelingt auch von Jahr zu Jahr. Ob diese Bemühungen ausreichen werden und alle Defizite des Altenheims abgedeckt werden können, neben den Kosten, die für den Bau zu zahlen seien, könne er im Augenblick nicht zu 100 % sagen.

Der Vorsitzende ergänzt, der Kreistag habe den Wirtschaftsplan mit zu gestalten und kann dabei Einfluss nehmen.

Kreisrat Becker schlägt vor, auf das zu hören, was Herr Dreier vorgetragen habe. Herr Dreier habe gesagt, dass die Verluste dadurch ausgeglichen werden, dass die jetzt übernommenen Abschreibungen und Reparaturen, die als Einnahmen oder als Ausgaben erscheinen, zum Ausgleich hergenommen werden. Im Plan 2007 stehen 370.000 € Abschreibungen und Reparaturen und das Defizit sei 2007 310.000 €, d.h. dieser Plan gleicht sich dadurch aus. Die Reparaturen und Abschreibungen seien aber mit anzurechnen, weil sie Kalkulationsbasis für die Pflegesatzverhandlungen sein müssen. Herr Dreier habe es schon gesagt und er möchte nochmals darauf hinweisen, wenn sich alles wie geplant entwickelt, braucht keiner Angst haben, dass der Landkreis ein Defizit zahlen muss.

Kreisrat Kuhn fragt nochmals zur Personalsituation, wenn die Zahl der Krankenschwestern und Altenpfleger auf 17 reduziert wird, ob dann bei den Pflegekräften neue Stellen geschaffen werden müssen.

Herr Dreier betont, den Stellenplan habe die vom Landkreis bestellte Heimleitung erarbeitet. Genaue Details über einzelne Funktionen wisse er nicht. Dem Stellenplan kann zugestimmt werden oder nicht.

Kreisrat Kuhn meint, es wäre gut, wenn heute die Heimleitung anwesend wäre.

Der Vorsitzende antwortet, die Kreistagsmitglieder sollen sich auf das beschränken, wo eine Mitwirkungsmöglichkeit gegeben sei. Sollte Kreisrat Kuhn einen Antrag stellen, in bestimmten Bereichen mehr Fachkräfte usw. haben zu wollen, müsste über einen entsprechenden Antrag abgestimmt werden.

Er möchte klar darauf hinweisen, dass weniger Heimbewohner zu betreuen seien und dementsprechend das Personal zu reduzieren sei. Auch der



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

neue Tarifvertrag sei umzusetzen. Es wäre Makulatur, wenn es ein neues System gibt und es nicht angewendet würde.



Kreisrat Becker verweist auf die Zahlen, die aussagen, dass 2006 55 Stellen, 2007 54 Stellen aufgeführt seien, obwohl 40 Pflegeplätze weniger zu betreuen seien.

LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Gotz erklärt, Kreisrat Wiesmaier habe es vorsichtig angedeutet, welcher Eindruck, der hier suggeriert wird, entsteht und welche Schlagzeile daraus resultieren kann. Es sei genau das Gegenteil von dem, was vor Ort anzutreffen sei. Bei weniger zu Pflegenden den gleichen Personalstand zu haben, usw. möchte er schon als Stellvertreter im Verwaltungsrat nicht vertreten wollen. Das Fischer`s Altenheim steht im Wettbewerb mit anderen Häusern. Er kann es nicht verstehen, wenn dann so etwas zu lesen sei und er so eine Debatte hört, dass das eigene Haus schlecht geredet wird, wo wirklich die Dinge hervorragend laufen und das Personal ausreichend und genügend sei. Es gibt eine Reihe von Aufsichtsbehörden, es gibt eine Heimaufsicht. Die Pflegesatzverhandlungen führen detailliert dazu, damit exakt Rechenschaft abgelegt werden muss, wer wo wie wen betreut. Er möchte deutlich dem Eindruck widersprechen, der heute kreierte wird, nur um etwas zu finden.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Kuhn stellt fest, die Qualität die geleistet wird, werde nicht in Frage gestellt. Es geht darum, dass etwas passieren muss, wenn aufgrund von 30 Stellen nur noch 17 übrig bleiben und gleichzeitig bei den Altenpflegehelfern die Zahl der Mitarbeiter aufgestockt werden soll. Es sei in der Wirtschaft üblich, dann neue Verträge mit deutlich geringerem Lohn zu schaffen. Der öffentliche Arbeitgeber kann aber nicht daran interessiert sein, dass dann über Hartz IV Zuschüsse gezahlt werden müssen.

Herr Dreier betont, die erforderliche Zahl der Mitarbeiter, die vorgehalten werden muss, wird exakt eingehalten und von der Heimleitung punktgenau erfüllt.

Kreisrat Reingruber stellt fest, die Fragen, die gestellt worden sind, waren sachliche Fragen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0107-08

Der Wirtschaftsplan des Fischer`s Kreisaltenheimes für das Jahr 2007 (Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenplan) und der Finanzplan 2008 – 2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 46 : 6 Stimmen.**

(KRin Harrer, KRin Jell, KR Kuhn, KRin Meister, KR Reingruber, KRin Stieglmeier)



2. Haushaltswesen
Klinik Dorfen/Kurzzeitpflege;
Feststellung der Jahresabschlüsse 2001, 2002, 2003 und 2004
Entlastung für die Jahresabschlüsse 1996 mit 2004
Vorlage: 2007/0136

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Traber und bittet ihn um einen kurzen Bericht.

Herr Traber verweist auf den von der Kämmererei detailliert dargestellten Bericht.

Nachdem sich dazu keine Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0108-08

Die Jahresabschlüsse der Klinik Dorfen/Kurzzeitpflege für die Jahre 2001, 2002, 2003 und 2004 werden mit den genannten Abschlusszahlen gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO i.V.m § 1 WkKV festgestellt.

Für die Jahresabschlüsse 1996 mit 2004 der Klinik Dorfen/Kurzzeitpflege wird die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO i.V.m. § 1 WkKV erteilt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 50 : 0 Stimmen.**
(ohne KR Els und KR Dr. Kubo)

3. Haushaltswesen
Krankenhaus Erding mit Außenstelle Dorfen
Feststellung der Jahresabschlüsse 2002, 2003 und 2004
Entlastung für die Jahresabschlüsse 1996 mit 2004
Vorlage: 2007/0135

Der Vorsitzende bittet auch hier Herrn Traber um Ausführung.

Herr Traber verweist auf die versandte Vorlage. Er ergänzt, es betrifft das Krankenhaus Erding mit der Klinik Dorfen und auch die Kurzzeitpflege für den Zeitraum, als das Krankenhaus ein Eigenbetrieb des Landkreises gewesen sei. Ab 01.01.2005 sei das Krankenhaus ein Kommunalunternehmen und es gilt diese Regelung in der Form nicht mehr.

Kreisrat Bauernfeind fragt nach der Ursache, warum diese Jahresabschlüsse so lange zurückliegen.

Herr Traber erklärt, der Kommunale Prüfungsverband habe die überörtliche Rechnungsprüfung der Jahre 1996 bis 2004 mit Unterbrechungen durchgeführt. Der Prüfungsbericht sei erst im Dezember 2006 übersandt worden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0109-08

Die Jahresabschlüsse des Kreiskrankenhauses Erding mit Außenstelle Dorfen für die Jahre 2002, 2003 und 2004 werden mit den genannten Abschlusszahlen gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO i.V.m § 1 WkKV festgestellt.

Für die Jahresabschlüsse 1996 mit 2004 des Kreiskrankenhauses Erding mit Außenstelle Dorfen wird die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO i.V.m. § 1 WkKV erteilt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 50 : 0 Stimmen.**
(ohne KR Els und KR Dr. Kubo)

4. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Grundsatzentscheidung Vorlage: 2007/0165

Der Vorsitzende ergänzt zur versandten Vorlage, in den erforderlichen Ausschüssen seien die notwendigen Beschlüsse zum Bau der FOS/BOS herbeigeführt worden. Es sei aber eine Grundsatzentscheidung des Kreistages erforderlich.

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, die Faktion von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich im Fall des Neubaus der FOS/BOS nicht gegen ein PPP-Modell aus, sieht es allerdings nicht als „Allheilmittel“ und möchte Bedenken äußern.

Sie merkt an, die Präsidenten der Obersten Rechnungshöfe in Deutschland haben in einem Grundsatzbeschluss im Mai 2006 vor langfristigen Risiken des PPP gewarnt. PPP sei keine zusätzliche Finanzierungsquelle. Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten könne, dürfe sie sich auch nicht alternativ finanzieren, da Kosten lediglich in die Zukunft verschoben würden.

Kritikpunkte seien:

PPP ergibt zwar einen Zeitgewinn, sei aber oft teurer als die Eigenerstellung durch die öffentliche Hand. Legitimerweise erfolgt keine Investition aus privater Hand ohne Renditeerwartung. Problematisch sei, dass die Rendite zusätzlich zu den Kosten für Realisierung und Betrieb des Projektes, letztlich durch die öffentliche Hand finanziert werden muss, sei es durch direkte, in die Zukunft verlagerte Mehrkosten oder durch entgangene Einsparungen aus Effizienzgewinnen, die an den Investor fließen.

PPP sei eine versteckte Staatsverschuldung, weil die Investitionskosten in die Zukunft verlagert und vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt überführt werden.

Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Das Risiko z.B. bei Insolvenz des privaten Partners bleibt immer bei der öffentlichen Hand.

Kosteneinsparungen werden meist über niedrigere Löhne oder weniger Personal erreicht.

PPP sei ein „Trojanische Pferd“, um immer mehr öffentliche Aufgaben schrittweise an Private zu übertragen. Die öffentliche Hand läuft Gefahr, schrittweise die Kontrolle über die Erfüllung ihrer Aufgaben an renditeinteressierte Privatinvestoren zu verlieren.

Das PPP-Prinzip sei in demokratischer Hinsicht problematisch. Wenn öffentliche Gelder in einem öffentlich-privaten Mischprojekt verwendet wer-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

den, besteht die Gefahr, dass die öffentliche Hand einen Teil ihrer Kontrollmöglichkeiten über die öffentlichen Ressourcen verliert. Entscheidungen über öffentliche Mittel werden dann zumindest teilweise nicht mehr von demokratisch legitimierten Personen und Gremien getroffen.

Die Langfristigkeit der meist über mindestens 20 Jahre reichenden PPP-Verträge beraubt die öffentliche Hand vieler Gestaltungsmöglichkeiten. Zwar kann sie bei Vertragsabschluss beliebige Qualitätskriterien für die durch den Privaten zu erbringenden Leistungen festlegen. Über den langen Zeitraum verändern sich in der Regel aber die Ansprüche und Erfordernisse.

Bündnis 90/Die Grünen beantragen daher genau festzuschreiben, in welchem Qualitätszustand nach Ende der Vertragslaufzeit die Schule (FOS/BOS) an die öffentliche Hand übergeben wird.

Bündnis 90/die Grünen beantragen zudem, vor einem Beschluss über die Realisierung von PPP einen Wirtschaftlichkeitsvergleich erstellen zu lassen.

Der Vorsitzende antwortet, die Punkte, die Kreisrätin Stieglmeier angesprochen habe, seien bereits beim Bau des Gastro-Zentrums und beim Projekt der Wohnungsbaugesellschaft bei der Errichtung der 45 Wohnungen überlegt worden.

Er merkt an und stellt fest, Kreisrätin Stieglmeier habe viele Informationen eingeholt. Doch vieles davon sei nicht richtig.

Er stellt fest, wer ein PPP-Projekt, so wie es geplant sei, mit diesen Argumenten beschreibt, habe von der Sache keine Ahnung.

Er erklärt, ein Bau werde nicht teurer oder billiger, nur weil ein Privater ihn baut. Die Übergabe sei ab dem Zeitpunkt, wo der Landkreis die erste Rate zu zahlen habe. Deshalb geht das Bauherrnrisiko voll auf den Bauherrn (privaten Unternehmer) über, der zu einem bestimmten Zeitpunkt genau in der gewünschten ausgeschriebenen Qualität den Bau zur Verfügung zu stellen habe. Sollte das nicht der Fall sein, habe der Landkreis die Chance zu sagen, das entspricht nicht den Forderungen. Es gibt also keinen Nachteil im Verhältnis zu dem, wenn der Landkreis selbst bauen würde und die Mittel bereits in den entsprechenden Bauabschnitten zur Verfügung stellen müsste.

Weiter erklärt er, in dem Moment, wo das Vorhaben in der Wirtschaftlichkeit einen Euro teurer sei oder gleich teuer, als ein konventioneller Bau, wird die Regierung von Oberbayern als Zuschussbehörde keine Freigabe für eine Ausschreibung geben.

Der Nachweis der Wirtschaftlichkeit sei vorher zu erbringen.

Zudem stimmt es nicht, dass die Finanzierung auf den Verwaltungshaushalt umgelagert wird. Die Vorgehensweise sei genau umgekehrt. Die jährliche Rate werde im Vermögenshaushalt eingeplant, genauso wie beim Gastro-Zentrum.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Es stimmt, dass die Kosten in die Zukunft geschoben werden, aber auch nicht anders, als wenn ein Kredit aufgenommen würde.
Diese Aussage stimmt nur dann, wenn keine Fremdmittel zur Finanzierung notwendig wären.

Zur Insolvenz merkt er an, bei einem PPP-Modell sei es für den Landkreis unerheblich, ob die Firma in Insolvenz geht oder nicht. Der Finanzier wird Interesse haben, sofort einen Ersatz zu bekommen, weil er sonst den Fertigstellungstermin nicht einhalten kann und vom Landkreis kein Geld bekommt. Der Landkreis zahlt erst bei Übergabe.

Ein ganz wesentlicher und wichtiger Aspekt sei auch, wenn es um die Beschäftigung von ortsansässigen Firmen geht, dass festzustellen sei, dass z.B. beim Erweiterungsbau des Gymnasiums Dorfen bis vor kurzem nur ein einziger örtlicher Unternehmer beteiligt war. Ansonsten seien ausschließlich nicht landkreisansässige Firmen beschäftigt worden.

Im Gegensatz dazu sei der hohe Anteil von Firmen aus dem Landkreis festzustellen, die beim Gastro-Zentrum und bei der Wohnungsbaugesellschaft beteiligt waren.

Zur Verschuldung merkt er an, die Verschuldung wäre auch dann nicht anders, wenn der Landkreis das Ganze über Kredite finanzieren würde.

Er geht davon aus, dass Kreisrätin Stieglmeier einverstanden sei, dass das Projekt in Passivhausstandard errichtet werden soll bis hin zu einer Möglichkeit, dass erneuerbare Energien mit PV-Anlagen vorgesehen werden sollten. Auch das sei eine Vorgabe an den Investor. Er denkt, dies alles sei besser zu gewährleisten, als wenn alles über einzelne Gewerke abgewickelt würde.

Er stellt fest, die demokratische öffentliche Beteiligung sei in diesem Verfahren nicht weniger garantiert als bei der Ausschreibung von einzelnen Gewerken. Im Gegenteil, bei der Ausschreibung von Einzelgewerken gibt es manchmal oft größere Probleme, weil damit ein deutlich größerer Verwaltungsaufwand verbunden sei.

Der Vorsitzende erklärt, die vorgebrachten Kriterien treffen zu 90 % nicht auf das geplante Projekt zu.

Kreisrätin Jell merkt an, sie möchte das PPP-Projekt nicht noch einmal in Frage stellen. Sie protestiert aber gegen den Ton, mit dem der Vorsitzende Frau Stieglmeier „vorgeworfen habe, dass sie Blödsinn daher geredet habe“.

Der Vorsitzende nimmt den Protest nicht an. Er habe das nicht behauptet. Kreisrätin Stieglmeier habe Informationen eingeholt. Er habe ausdrücklich gesagt, dass diese Informationsquellen schlichtweg Blödsinn reden und keine Ahnung von einem PPP-Projekt haben, wie es der Landkreis plant.

Kreisrat Reiter merkt an, er sei eigentlich geprägt von den Erfahrungen aus den bisherigen PPP-Projekten. Deshalb sei er geneigt, diese Entscheidung mit allen Abstrichen mitzutragen. Bisher sei aber noch keine Kostenrechnung vorgelegt worden. Deshalb sei er außer Stande, jetzt



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

schon eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Er wünscht zum Absatz 3 im Beschlussvorschlag anstatt „anzustreben“ „zu prüfen“ aufzunehmen.

Der Vorsitzende antwortet, eine Kostenrechnung kann erst vorgelegt werden, wenn der Architekt für die Planung feststeht.

Kreisrat Schmidt merkt an, im Kreisausschuss und im Bauausschuss sei ausführlich darüber diskutiert worden. Kreisrätin Stieglmeier habe verschiedene Punkte aufgezeigt. In Punkt 3 des Beschlussvorschlages steht „Die Realisierung in Form von PPP, entsprechend dem Erdinger Modell, ist anzustreben“. Die Entscheidung trifft die Regierung. Insofern kann die SPD-Fraktion sich damit einverstanden erklären. Der Zeitplan sei anspruchsvoll. Er möchte wissen, ob sich in der Zwischenzeit etwas geändert habe. Nachdem dieses PPP-Projekt ein „Musterbau“ werden soll, wünscht er, dass auch darauf geachtet wird, dass die Unternehmen sich beim Bau an den Tariflohn halten.

Der Vorsitzende antwortet, nach wie vor soll der ehrgeizige Zeitplan umgesetzt werden. Punkt 4 der Beschlussvorlage sei extra aufgenommen worden, um das zu verdeutlichen. Er meint, es gibt noch ein paar Dinge, die geklärt werden müssen. Wichtig sei, wenn ein „Musterbau“ möglichst effizient und in vieler Hinsicht mustergültig sein sollte, dass ein sehr großer Wert auf die Auswahl des Architekturbüros gelegt werden müsse. Der europaweite Wettbewerb sei ausgeschrieben worden. Inzwischen seien drei Büros ausgewählt worden. Ein Büro habe sogar den Firmensitz im Landkreis Erding. Der Bauausschuss wird eine Auswahl treffen.

Kreisrat Fischer Siegfried fragt, ob die Finanzierung mit der Reg. v. Obb abgesprochen worden sei und wie sich die Reg. v. Obb dazu geäußert habe.

Der Vorsitzende merkt an, die Formalien seien grundsätzlich eingehalten worden. Es sei eine europaweite Ausschreibung zur Findung des Architekten durchgeführt worden. Die Finanzierung sei mit Frau Tippmann von der Reg. v. Obb abgesprochen worden. Sie möchte ein paar Dinge anders haben als beim Gastro-Zentrum. Sie möchte z.B. den Wirtschaftlichkeitsvergleich vorher haben. Beim Gastro-Zentrum war die Auflage, in drei Losen auszuschreiben (Bauleistung, Finanzierung und Bauleistung plus Finanzierung) Daraus sei damals das günstigere Modell (Bauleistung mit Finanzierung) gewählt worden.

In der Zwischenzeit sei es erleichtert worden, solche Projekte durchzuführen. Es sei aber nun eine Auflage, dass der Wirtschaftlichkeitsvergleich vor der alternativen Ausschreibung vorgelegt werden muss. Wenn die formellen Vorschriften nicht eingehalten werden, müsste davon ausgegangen werden, dass der Zuschuss nicht gewährt würde.

Kreisrat Kuhn fragt, ob die Wirtschaftlichkeitsberechnung bis zur letzten Rate gerechnet wird.

Der Vorsitzende antwortet, es werde bis zur letzten Rate, einschließlich des Zinseszins effekts alles eingerechnet. Er erklärt, die öffentliche Hand kann über die Möglichkeit von Kfw-Mitteln 50 % finanzieren. Ein Privatinvestor bekommt dagegen bis zu 100 % Kfw-Mittel bei einem etwas höheren Zins, gedeckelt auf 7,5 Mio €.



Kreisrat Kuhn fragt, ob es beim Gastro-Zentrum und der Wohnungsbau-gesellschaft eine Abrechnung gibt. Er hätte gerne Zahlen zur Verfügung.

Der Vorsitzende betont, es war damals die Vorgabe der Obersten Bau-behörde am Innenministerium wie ausgeschrieben werden müsse, sonst hätte dieses PPP-Modell nicht gebaut werden dürfen.

Er sichert eine Zusammenstellung zu.

Der Vorsitzende betont, dieses Projekt war damals das erste, das über-haupt in die FAG 10-Förderung gekommen sei.

LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Rübensaal merkt an, die FW-Fraktion habe in den vorliegenden Beschlüssen immer die Zustimmung gegeben. Es sei bekannt, dass es sich hier um ein Gesamtkonzept handelt. Er möchte aber trotzdem noch-mals darauf hinweisen, dass der „Teufel im Detail liegt“ und es wichtig sei, dass der Leistungsumfang voll erfasst wird (beginnend von den Kleinigkei-ten wie Wege, Außenanlagen, Außenbeleuchtung, usw.). Er wünscht, dass diese Punkte wirklich von der Verwaltung exakt geprüft werden, da-mit nicht hinterher irgendwelche Nachträge kommen können und der Landkreis „das blaue Wunder erlebt“.

Für die FW-Fraktion sei es auch wichtig, dass die Verwaltung in der Be-ruufsschule mit genutzt wird. Jedoch sollte im Gesamtkonzept geprüft wer-den, wenn es irgendwann einmal zu einer Trennung der Schulen kommen sollte, dass dafür eine Möglichkeit vorgesehen wird.

Auch beim Bereich Sporthalle und Sportanlagen hält die FW-Fraktion es für notwendig, dass auch hier zumindest gedanklich das Ganze so geplant wird, was dann passiert, wenn es zu einer Trennung kommen muss.

Zudem schlägt er vor, dass im Amtsblatt des Landkreises jeweils der Hin-weis auf die anstehenden Gewerke gegeben wird. Er denkt, dass sich dann auch die heimischen Handwerker, die vielleicht keinen Staatsanzei-ger haben, beteiligen.

Der Vorsitzende erklärt, zunächst wird aufgrund der bereits durchgeführ-ten europaweiten Ausschreibung der Generalplaner gesucht. Drei ausge-wählte Bewerber werden in der nächsten Sitzung des Bauausschusses in sog. Bietergesprächen ihre Konzepte vorstellen. Die Mitglieder des Bau-ausschusses haben dann zu entscheiden, wer den Planungsauftrag be-kommt. Im Weiteren sei dann der Zuschlag an ein Generalunternehmen zu geben, das gemeinsam im Rahmen der vorgegebenen Richtlinien mit einer Bank die Finanzierung zur Verfügung stellen wird. Der Vorschlag von Kreisrat Rübensaal könne dem Generalunternehmen nur empfohlen werden, die Ausschreibungen durchzuführen sei Sache des Investors.

Kreisrat Bauernfeind fragt nochmals, wie es weiter geht mit der Auswahl des Architekten ohne vorher einen Entwurf zu sehen.

Der Vorsitzende erklärt, nachdem die Architektenleistung nach HOAI mit über 211.000 € von der Verwaltung aufgrund des Raumprogramms ge-schätzt worden sei, war eine europaweite Ausschreibung verpflichtend. Eine Ausschreibung sei bereits durchgeführt worden. Es haben sich eine Reihe von Architekturbüros gemeldet. Dabei habe Rechtsanwalt Stolz



festgestellt, dass zwei Büros die vorgegebenen Bedingungen zu 100 % erfüllen und ein Büro ganz knapp diese Bedingungen erfüllt.

Diese drei Architekturbüros kommen zu Bietergesprächen. Aus den drei Architekturbüros sei eines auszuwählen. Es gibt zunächst keinen Entwurf. Der Architekt, der den Auftrag bekommt, muss aufgrund des Raumprogramms und nach den Vorstellungen der Verwaltung einen Entwurf planen. Es werde ohne Konzept, ohne Vorschlag ein Architekturbüro ausgewählt, das entsprechend den Vorgaben leistungsfähig sei und Erfahrungen im PPP-Bereich mit bereits umgesetzten Maßnahmen habe und auch Erfahrungen im Passivhausbau haben müsse. Der Bauausschuss wird am 14.06. (je eine Stunde für ein Architekturbüro) entscheiden, wer den Auftrag bekommt. Er denkt, es wird dann noch viel Diskussionsbedarf geben, was die Gestaltung des Gebäudes betrifft. Wichtig sei aber, nicht jetzt schon mit einem Modell zu arbeiten, wo dann bestimmte Dinge nicht verwirklicht werden können.

Kreisrat Kuhn erinnert, über den Antrag von Kreisrat Reiter, im Beschlussvorschlag im 3. Absatz das Wort „anzustreben“ in „zu prüfen“ abzuändern, abzustimmen.

Der Vorsitzende bringt diesen Antrag – „im Beschlussvorschlag im 3. Absatz das Wort „anzustreben“ in „zu prüfen“ abzuändern“, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 42 : 10 Stimmen.**

(KRin Bendl, KRin Harrer, KRin Jell, KR Kellermann, KR Kuhn, KRin Meister, KR Reingruber, KR Reiter, KRin Stieglmeier, KR Treffler)

Daraufhin bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0110-08

1. Die bisherigen Aktivitäten zur Errichtung einer Fachoberschule/Berufsoberschule im Bereich der Kreisstadt Erding werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Neubau der Fachoberschule/Berufsoberschule wird auf dem Grundstück Flurnummer 2603 der Gemarkung Altenerding errichtet.
3. Die Realisierung in Form von **PublicPrivatePartnership**, entsprechend dem „Erdinger-Modell“, ist anzustreben.
4. Soweit möglich, ist der Zeitplan zu straffen, mit dem Ziel, die Maßnahme früher als angenommen zu vollenden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 51 : 1 Stimmen.**

(Gegenstimme KR Kuhn)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

5. Bekanntgaben und Anfragen

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages um 15.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte